

"Zu glauben, wir sollten alles selbst machen, ist naiv"

Von Dietmar MascherLinz. Deutschland und Europa könnten im Wettbewerb der großen Wirtschaftsblöcke langfristig mithalten, sagt die Vorsitzende der deutschen Wirtschaftsweisen, Monika Schnitzer. Allerdings müssten sich die Politiker auf ein straffes Programm einigen. OÖNachrichten: Deutschland befindet sich in einer Rezession, die Bundesregierung hat alle Hände voll zu tun, ein Budget zustande zu bringen. Muss man sich um Deutschland Sorgen machen? Monika Schnitzer: Das ist aktuell keine ganz einfache Situation. Die Rezession an sich wäre im Rahmen des zu Erwartenden nach so vielen großen Krisen kein Grund zur Beunruhigung. Die Realeinkommen sind zurückgegangen wegen der Inflation, die Zinsen steigen, was der Bauwirtschaft zu schaffen macht. Aber für das kommende Jahr sähe es wieder etwas besser aus. Wir haben allerdings grundsätzlich eine Wachstumsschwäche zu erwarten, weil die Bevölkerung immer älter wird, die Babyboomer in Pension gehen und weniger Junge erwerbstätig sind. Und wenn das nicht durch längere Lebensarbeitszeit und Zuwanderung ausgeglichen wird, fehlen uns die Arbeitskräfte. Zusätzlich haben wir nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs das Problem, dass einiges gefährdet ist, was an Investitionen geplant war, weil man Mittel aus dem Coronafonds nicht so einfach in den Klima- und Transformationsfonds umwidmen darf. Jetzt wird Tag und Nacht verhandelt, wie man die großen Zukunftsprojekte sonst finanzieren kann. Das klingt nicht ermutigend. Wenn man bei dieser strengen Auslegung der Schuldenbremse bleibt, wird es tatsächlich sehr eng. Die geopolitischen Konflikte ziehen sich hin, auch die Handelskonflikte und politischen Spannungen mit China, die Energiekrise besteht weiter. Das alles und die Notwendigkeit, etwa bei den Chips unabhängiger zu werden, könnte meiner Ansicht nach als Grund reichen, die Schuldenbremse 2024 noch einmal auszusetzen. Österreich und Deutschland verlieren an Wettbewerbsfähigkeit. Die USA und China fahren einen protektionistischen Kurs, sodass die Gefahr droht, dass Europa ausgebremst wird. Wie kommt man aus dieser Situation wieder heraus? Die Energiepreise bleiben bei uns dauerhaft höher, höher als etwa in den USA. Das heißt, dass die Wirtschaft sich umstellen muss. Das ist geschehen, als die Arbeitskosten höher waren als in anderen Regionen. Damals haben wir arbeitsintensive Tätigkeiten ausgelagert und Vorprodukte zu uns zurückgeholt und hier veredelt. Das wird auch bei der energieintensiven Industrie der Fall sein. Bestimmte Teile muss man auslagern. Aber derzeit findet ja eher das Gegenteil statt. Die internationale Arbeitsteilung, von der wir lange profitiert haben, wird gerade verringert und es wird versucht, mehr Wertschöpfung wieder im eigenen Land zu machen. Daher muss man sich überlegen, was man wohin auslagert. Es gibt etwa eine Reihe asiatischer Staaten, mit denen man gut zusammenarbeiten kann. Von China sollte man sich nicht zu sehr abhängig machen. Zumal die Chinesen außerdem die eigene Industrie stark subventionieren, man kann das bei den Elektroautos beobachten. Diesen Umstand sollte man als Ansporn sehen, um selbst besser zu werden. Dass das funktionieren kann, haben wir schon bewiesen. Als seinerzeit die japanischen Autos auf den europäischen Markt gekommen sind, haben die Europäer auch sehr gut darauf reagiert, ihre Produkte attraktiver und billiger gemacht. Da müsste Deutschland [vorangehen](#). An sich schon, bei den hochqualitativen Modellen scheint das auch zu funktionieren, nicht aber bei der Mittelklasse. Sie haben das Problem der demographischen Entwicklung schon angesprochen und dazu in deutschen Medien einige provokante Vorschläge gemacht. Wie viele Drohbriefe haben Sie bekommen, als Sie vorgeschlagen haben, das Rentenalter sukzessive deutlich anzuheben? Nicht direkt Drohbriefe, aber doch ziemlich viele und zum Teil ziemlich hässliche. Aber wir kommen nicht darum herum, länger zu arbeiten. Unser Vorschlag ist, dass man mit dem jedem Jahr, das man länger lebt, acht Monate mehr arbeiten sollte und vier Monate länger Rente bezieht. Das entspricht dem bisherigen Modell, also im Durchschnitt 40 Jahre Arbeit und 20 Jahre Rente. Der Trend ist derzeit, dass die Lebenserwartung alle zehn Jahre um neun Monate steigt. In Deutschland muss man ohnehin ab 2031 bis 67 arbeiten, 2051 wären wir bei 68 Jahren und 2071 bei 69 Jahren als Pensionsantrittsalter. In den vergangenen 40 Jahren hat sich die durchschnittliche Dauer des Rentenbezugs um acht Jahre erhöht. Das längere Arbeiten löst aber nicht das Problem, dass wir zu wenig Kinder haben, die ins Umlagesystem einzahlen. Da hilft neben der kapitalgedeckten Eigenvorsorge die Zuwanderung. Wir bräuchten in Deutschland netto eine Zuwanderung von 400.000 Menschen, das bedeutet, dass jedes Jahr 1,5 Millionen Menschen zuwandern müssten, da ja auch welche abwandern. Das erschreckt die Menschen. Und ohne Zuwanderung? Müssen wir länger und mehr arbeiten und/oder weniger Rente [beziehen](#). In Österreich wurde zuletzt diskutiert, ob man die Arbeitszeit auf 32 Stunden bei vollem Lohnausgleich reduzieren kann. Das ist unrealistisch. Das kann man nicht mit Produktivitätssteigerung ausgleichen. Wobei uns die Überlegung, wie wir produktiver werden können, nicht erspart bleiben wird. Denn die jungen Arbeitskräfte haben eine größere Verhandlungsmacht, sind gefragt und bekommen mehr Geld. Das muss man kompensieren - durch Automatisierung und künstliche Intelligenz. Wo sehen Sie Europa in zehn Jahren im Vergleich zu den anderen Wirtschaftsblöcken? Das hängt davon ab, wie sehr man sich jetzt zusammenreißt. Wenn sich zum Beispiel in Deutschland die Regierungskoalitionspartner, idealerweise im Konsens mit der Opposition, darauf einigen, wie sie die Zukunft gestalten, was wir investieren, um die Energieversorgung und die Ausbildung zu sichern, haben wir Chancen. Wenn man nur auf den nächsten Wahlkampf schießt, wird man etwas verlieren. Und da Deutschland ein wichtiger Anker für Europa ist, würde es auch für Europa schwierig werden. Die Politiker sind jetzt sehr in der Verantwortung. Sie forschen zum Thema Innovation. Wie stark ist die Innovationskraft Europas? In der Forschung sind wir gut aufgestellt. Die Frage ist: Wie bringen wir das in die Breite? Die Unternehmen müssen Digitalisierung und künstliche Intelligenz für sich nutzen. Die Voraussetzungen wären da. Aber es braucht auch Mut zum Risiko und nicht die Diskussion, wie wir die Industrie genauso erhalten, wie sie ist. Unser Industrieanteil ist höher als in anderen Ländern, aber wir haben zu wenig junge Unternehmen, von denen künftig die Impulse kommen

sollen. Und nicht alle Wertschöpfungsketten zurück nach Europa holen. Nein. Man kann darüber nachdenken, was strategisch wichtig ist. Diversifizierung ist wichtig. Aber die Vorstellung, wir müssten alles wieder selber machen, ist naiv und wäre viel teurer.

Quelle: Oberösterreichische Nachrichten, 09.12.2023, S. 9


Ressort: Wirtschaft

Dokumentnummer: 2023120990000009355042

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/OOEN_31f34eb2e37d165af7c27b9e70d6a3c617525d44

Alle Rechte vorbehalten: (c) Oberösterreichische Nachrichten

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH